

Dr. Hans Jörg Schelling
Bundesminister für Finanzen

GZ. BMF- 200315/0003-III/9/2017

Zur Veröffentlichung bestimmt

44/4.1

**Vortrag an den Ministerrat
betreffend die IWF/Weltbank-Frühjahrstagung
vom 20. bis 22. April 2017 in Washington D.C.**

Vom 20. bis zum 22. April 2017 nahm ich an der Frühjahrstagung des Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Weltbank (WB) in Washington, D.C. teil. Neben dem Treffen des International Monetary and Financial Committee (IMFC) führte ich sowohl auf Seite des IWF als auch der Weltbank verschiedene bilaterale Gespräche. Seitens der Österreichischen Nationalbank nahmen Gouverneur Dr. Nowotny und Vize-Gouverneur Mag. Ittner an der Tagung teil.

Treffen des International Monetary and Financial Committee (IMFC)

Im Rahmen des IMFC nahm ich an der Einführungs- und der Plenarsitzung teil. Ziel dieser Treffen war es, auf höchster Ebene die zentralen weltwirtschaftlichen Probleme zu diskutieren. Der IWF-Stab gab einen Überblick über die aktuelle weltwirtschaftliche Entwicklung: es werden eine Beschleunigung des globalen Wirtschaftsaufschwungs, eine Festigung der Rohstoffpreise und geringere Deflationsrisiken gesehen. Vor diesem Hintergrund wird für 2017 und 2018 ein Wachstum der Weltwirtschaft von 3,5% bzw. 3,6% prognostiziert (2016: 3,1%). In den USA wird sich der Wirtschaftsaufschwung auf Grund der von der neuen Administration erwarteten expansiveren Fiskalpolitik weiter verstärken (2017: 2,3%, 2018: 2,5%). In Europa wird das Wachstum nach der Erholung von den Wirtschaftskrisen noch einige Jahre über dem Potenzialwachstum liegen (Eurozone 2017: 1,7%, 2018: 1,6%), die mittelfristigen Wachstumserspektiven werden aber wegen der niedrigen Produktivität, der negativen demographischen Entwicklungen sowie ungelöster Probleme mit privater und öffentlicher Verschuldung vom IWF nur als moderat eingeschätzt. Das Wachstum in den aufstrebenden Volkswirtschaften (EME) wird zwar heuer und im

kommenden Jahr auf 4,5% bzw. 4,8% ansteigen, die Entwicklung verläuft aber regional sehr unterschiedlich.

Die bisherigen Politikempfehlungen des IWF für die Industrieländer und besonders für Europa bleiben aufrecht: expansive Geldpolitik in den Industrieländern, wachstumsfreundliche Fiskalpolitik, Strukturreformen, Stärkung des Finanzsektors und eine inklusivere Weltwirtschaft (u.a. durch Unterstützung der nachhaltigen Entwicklungsziele (SDGs). Der IMFC bekannte sich zu einem Abschluss der 15. Quotenüberprüfung bis 2019 und forderte die volle Umsetzung der Governance-Reform des Jahres 2010.

Bilaterale Gespräche

Im Zuge der Frühjahrstagung nahm ich außerdem diverse bilaterale Gesprächstermine wahr. Auf Weltbankseite traf ich den Präsidenten der Weltbankgruppe, Dr. Jim Yong Kim. Ich freue mich, seine Bestrebungen das Wiener Weltbankbüro um Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Internationalen Finanzkorporation (IFC), dem Privatsektorarm der Weltbankgruppe, substanzial zu erweitern, zu unterstützen. Der Standort Wien erweist sich für Internationale Finanzinstitutionen als sehr attraktiv und wird mit dieser Ansiedelung von ca. 80 weiteren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern weiter aufgewertet werden. Des Weiteren traf ich mich mit Axel van Trotsenburg, Vizepräsident für Concessional Finance, Cyril Muller, Vizepräsident der Region Osteuropa und Zentralasien, sowie Philippe Le Houérou, CEO und Leiter der Internationalen Finanzkorporation (IFC). Mit Axel van Trotsenburg vereinbarte ich einen Besuch am 15. Mai in Wien, welcher u.a. dazu dienen wird, ein Briefing der Parlamentarier zur 18ten Wiederauffüllung von IDA, dem Weltbankfonds für die ärmsten Entwicklungsländer, zu ermöglichen.

Auf IWF-Seite gab es Treffen mit Mitsuhiro Furusawa (Deputy Managing Director, IWF), Nikolay Gueorguiev (IWF-Mission Chief für Österreich), Poul Thomsen (Leiter des European Department), Maurice Obstfeld (Economic Counselor) und Tobias Adrian (Financial Counselor).

Am Rande der Frühjahrstagung fand auch eine Zeichnungszeremonie zur Weiterführung der seit 2013 bestehenden bilateralen Kreditverträge mit dem IWF statt. Insgesamt haben bereits 35 Länder Zusagen in Höhe von 300 Mrd. SZR abgegeben (Österreich iHv 6,13 Mrd SZR). Die von der OeNB unterzeichnete Kreditvereinbarung ist zeitlich bis 2019/2020 begrenzt.

Ich stelle den
Antrag,
die Bundesregierung wolle diesen Bericht zur Kenntnis nehmen.

16. Mai 2017
Der Bundesminister für Finanzen
Dr. Schelling